





## Niklaus Vontobel und Patrik Müller

Heute Mittwoch wendet sich der Bundesrat wieder an die Öffentlichkeit. Dann wird bekannt, ob sich Alain Berset durchsetzen konnte: Der Gesundheitsminister will den Lockdown der Gastronomie bis Ende Februar verlängern. Doch die Gastbetriebe wissen nach wie vor wenig über ihre Entschädigung: ob sie eine erhalten, wann und wie, wo und wie viel – alles ist unklar.

In dieser Situation wenden sich zwei Branchengrößen an die Öffentlichkeit. Rudi Bindella hat den gleichnamigen Gastrobotrieb zu einer Gruppe mit 40 Restaurants und 1300 Mitarbeitern aufgebaut. Jüngst hat er in grossen Inseraten gefordert: der Bundesrat solle endlich handeln. Weniger prominent, aber ebenso deutlich äussert sich Richard Engler. Zu seiner Gasttrag zählen 20 Restaurants. Kürzlich fragte Engler in einem Blogbeitrag für ein Branchenportal: «Sind wir Gastronomen die Deppen der Nation?»

Auf Anfrage der Autoren erklären beide Gastro-Größen, warum sie sich um ihre Branchen sorgen. Werde der Lockdown verlängert, werde der wirtschaftliche Schaden noch grösser, sagt Bindella. Auf 2 bis 2,5 Milliarden schätzt er den monatlichen Umsatzausfall aller Betriebe in der Schweiz. Dazu komme das menschliche Leid. Die Mitarbeiter würden wieder arbeiten wollen. Vor Krisenausbruch beschäftigte die Branche rund 250 000 Menschen.

Auf die Frage, ob die aktuelle Härtefallregel ausreiche, antwortet Bindella mit einem «Nein!». Die Kurzarbeit sei zwar hilfreich. Aber sie decke nicht alle Arbeitskosten ab. 20 Prozent müssen die Betriebe dennoch übernehmen. Dazu kommen die Fixkosten. Die kantonalen Lösungen würden zu kurz greifen. «Sie sind zu träge und zur Schadendeckung ungenügend.» In Krisenzeiten müsse der Bund das Heft in die Hand nehmen. «Es braucht eine starke zentrale Führung des Bundes – mit klaren Vorgaben für alle.»

Im ersten Lockdown wurde die Schweiz noch international gelobt. Sie hatte ihren Betrieben mit dem Coronakredit rasch

und unbürokratisch geholfen. In der zweiten Welle sagt nun Rudi Bindella: «Österreich macht es besser. Die dortigen Lösungen sind unverzüglich, einfach und praktikabel.» In Österreich werden 75 bis 80 Prozent des Umsatzes entschädigt, den ein Betrieb vor Corona hatte.

Etwas Vergleichbares brauche auch die Schweiz. Die Gelder müssten a-fonds-perdu fließen, um Schäden zu decken, die aus dem Lockdown entstanden sind oder aus anderen Massnahmen zur Pandemiebekämpfung. Wenn nötig müsse sich der Bundesrat wie in der ersten Welle auf Notrecht stützen. Es stünden Tausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Bindella wagt eine grobe Schätzung. «Wir rechnen damit, dass um die 20 Prozent aller Arbeitsplätze gefährdet sind, also etwa 50 000 Arbeitsplätze.»

## Betriebungsschreiben auf dem Tisch

Richard Engler sieht seine Branche in ähnlich grossen Nöten. Zu Englers Gasttrag gehören rund 300 Mitarbeiter und bekannte Marken wie «Mister Wong» und «Papa Joe's». Werde der Lockdown der Gastronomie noch verlängert und komme nicht endlich staatliche Unterstützung, die auch tatsächlich bei den Betrieben ankomme – dann werde eine gewaltige Zahl von Betrieben nicht wieder öffnen können. Das Ausmass dieser Welle könne man heute noch gar nicht abschätzen. «Aufgrund meiner Eindrücke halte ich es aber für möglich, dass es die Hälfte oder gar zwei Drittel aller Betriebe trifft.»

Die aktuelle staatliche Unterstützung reiche bei Weitem nicht aus. Die Kurzarbeit decke nicht einmal die Personalkosten vollständig ab. Dazu kämen Mieten, Energie



### «Es sind um die 20 Prozent aller Arbeitsplätze gefährdet.»

**Rudi Bindella**  
Inhaber Bindella

kosten, Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen und so weiter. Viele Betriebe in der Gastronomie hätten bereits grosse Verluste erlitten, aber nur ein sehr kleines Aktienkapital. «Sie müssen bald einmal die Bilanz deponieren und schliessen.»

Zehntausende von Menschen könnten bald ohne Arbeit dastehen, sagt Engler. Und dies seien meist junge Menschen mit Familien, die heute schon mit der Kurzarbeitsentschädigung zu wenig zum Überleben verdienen würden. Dann fordere die Krankenkasse ihr Geld ein, später die Steuerbehörde. Bald hätten solche Familien das erste Betreuungsschreiben auf dem Küchentisch. In dieser Situation befänden sich heute schon viele Menschen in der Schweiz. Engler sagt darum: «Es ist höchste Zeit, dass das Parlament diese Realität versteht.»